StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz

Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 14 / 64. Jahrgang, Montag, 6. Mai 2013

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55286 Wörrstadt

Menschen müssen von Löhnen leben können

Ministerpräsidentin Dreyer zum Tag der Arbeit: Flächendeckender Mindestlohn ist nötig

„Entlohnungen, von denen die Beschäftigten nicht leben können, sind unfair! Unsere Forderung an die Bundesregierung lautet, prekäre Beschäftigungen einzudämmen, den Missbrauch von Leiharbeit und grundlose Befristungen von Arbeitsverträgen abzuschaffen. Für uns gehören Hungerlöhne vergangenen Zeiten des Manchesterkapitalismus an. Wer täglich zur Arbeit geht und wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll nicht beim Sozialamt betteln müssen, um sich den schmalen Lohn oder die Mini-Rente aufstocken zu lassen.“ Dies sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer zum „Tag der Arbeit“ am 1. Mai. Das DGB-Motto „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“ freue sie als frühere Sozial- und Arbeitsministerin und natürlich genauso als Ministerpräsidentin.

Malu Dreyer kündigte bei einer Kundgebung des DGB in Koblenz an, im Bundesrat mit einem neuen Antrag gemeinsam mit anderen Ländern über den flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro hinaus für angemessene und faire Arbeitsbedingungen zu werben. „Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, Maßnahmen und gesetzliche Neuerungen gegen die Zunahme prekärer Beschäftigung, gegen den wachsenden Niedriglohnsektor und gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen zu ergreifen.“



Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Ausdrücklich dankte sie den Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den Gewerkschaften und den Betriebs- und Personalräten. „Um die soziale Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit und die Generationengerechtigkeit in unserem Land wieder zu stärken, bedarf es eines guten Miteinanders der Sozialpartner“, sagte die Ministerpräsidentin.

Im Gegensatz zu den hohen Arbeitslosenquoten in der EU bezeichnet Malu Dreyer die Situation in Rheinland-Pfalz als sehr gut. „Mit 5,8 Prozent hat Rheinland-Pfalz seit Jahren im Ländervergleich die drittniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland.“

Ministerpräsidentin Dreyer: „Auskömmliche Löhne und faire Arbeitsbedingungen sind entscheidende Voraussetzungen für Lebensqualität und Selbstentfaltung. Für die Landesregierung in Rheinland-Pfalz sind sie die Kernfrage sozialer Gerechtigkeit. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz schreibt deshalb für ihren Verantwortungsbereich bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn von 8,70 Euro vor.“



***Die jungen Frauen**, die Wirtschaftsministerin Eveline Lemke am Girls' Day in einem Mainzer Autohaus traf, haben sich für Berufe entschieden, die noch als typisch männlich gelten. Der Girls' Day wirbt für Berufsbilder, in denen Frauen bisher kaum anzutreffen sind. Charline Kramp und Yvonne Pichler werden KFZ-Mechatronikerin, Sandra Holl und Johanna Strokol Zweiradmechanikerin, einmal für Motorräder, einmal für Fahrräder, Isabelle Preußger und Julia Maass sind Auszubildende im Maler- und Lackiererhandwerk und Katrin Englisch ist in der Ausbildung zur Technischen Systemplanerin für Elektrotechnik. Dass es noch Berührungsängste abzubauen gilt, erfuhren die Ministerin und der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Rheinhessen, Stefan Zimmer, bei dem Treffen im Autohaus Karl & Co aus erster Hand.*

50 Millionen Euro für die Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Boehringer Ingelheim Stiftung fördert erneut den Bereich Lebenswissenschaften – Universität und Land errichten modernes Forschungsgebäude

Die Boehringer Ingelheim Stiftung stärkt die Spitzenforschung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU): Mit insgesamt 50 Millionen Euro fördert die Stiftung über einen Zeitraum von zehn Jahren Wissenschaft und Forschung insbesondere im Bereich der Lebenswissenschaften. Diese Mittel werden zur Finanzierung der Forschung und der Forschungsförderung im Sinne des Zukunftskonzepts eingesetzt, das die Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder erarbeitet hat. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei der fachlichen Neuausrichtung der Biologie als zentralem Teil der Lebenswissenschaften zu. Hierzu sollen international herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berufen und der wissenschaftliche Nachwuchs besonders gefördert werden. Gleichzeitig wird die Johannes Gutenberg-Universität Mainz, unterstützt von der Landesregierung Rheinland-Pfalz, ein modernes Forschungsgebäude für die Biologie errichten.

„Dies ist ein weiterer Meilenstein, um Mainz hin zu einem international konkurrenzfähigen Wissenschaftszentrum auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften zu profilieren und noch stärker zu positionieren. Auf diese Weise schaffen wir gemeinsam Bedingungen, um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für den Standort Mainz zu gewinnen“, erklärten Otto Boehringer, Vorsitzender des Vorstands der Boehringer Ingelheim Stiftung, Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Doris Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz.

Bereits 2009 hat die Boehringer Ingelheim Stiftung mit einer Zuwendung von 100 Millionen Euro die Errichtung sowie für zehn Jahre den wissenschaftlichen Betrieb des Instituts für Molekulare Biologie (IMB) ermöglicht, das jetzt auch als Nukleus für die fachliche Neuausrichtung der Biologie dient. So kann der Standort Mainz durch die Zusammenarbeit zwischen dem IMB, der Universitätsmedizin Mainz, den Wirkstoff-orientierten Materialwissenschaften und einer gestärkten universitären Biologie seine internationale Bedeutung entfalten und nachhaltig stärken.

„Mit unserer Initiative für Mainz möchten wir uns nachhaltig für exzellente Forschung in Deutschland engagieren“, erläutert Otto Boehringer. „Wir, die Stifterfamilie Boehringer und von Baumbach, möchten damit auch zum Ausdruck bringen, wie stark wir uns der Region verbunden fühlen und wie ernst wir unsere Verantwortung für die Gesellschaft nehmen.“



Freuen sich für die Johannes Gutenberg-Universität (von links): Prof. Dr. Andreas Barner, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung, Wissenschaftsministerin Doris Ahnen, Otto Boehringer, Vorsitzender des Vorstands der Boehringer Ingelheim Stiftung, Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Prof. Dr. Georg Krausch, Präsident der Johannes Gutenberg-Universität.

Foto: Peter Pulkowski

Mit dieser Zuwendung der Boehringer Ingelheim Stiftung in Höhe von 50 Millionen Euro erhält Rheinland-Pfalz nochmals eine der größten Privatspenden, die bislang an eine öffentliche Universität in der Bundesrepublik Deutschland geflossen sind. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer zeigte sich sehr erfreut über die Entscheidung der Stiftung:

„Ich möchte mich sehr herzlich bei der Boehringer Ingelheim Stiftung bedanken für dieses äußerst lobenswerte Engagement und für das große Vertrauen in die konsequente, zielorientierte Umsetzung wissenschaftlicher Arbeit an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie in die Wissenschafts- und Forschungsstrategie der Landesregierung, das in der erneuten Spende zum Ausdruck kommt. Der Stellenwert, der den Lebenswissenschaften im Kanon der verschiedenen Wissenschaftsbereiche beigemessen wird, kann gar nicht hoch genug sein. Ihre Ergebnisse helfen entscheidend dabei mit, die Lebensqualität von Menschen zu verbessern, und sie sichern damit auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Mit der Förderung setzt die Boehringer Ingelheim Stiftung erneut ein Signal, das nicht nur in der Wissenschaftslandschaft, sondern auch weit darüber hinaus wahrgenommen werden wird. Das Land – und ich bin ganz sicher auch die Universität – werden alles tun, um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.“

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz zählt zu den forschungsstarken Universitäten in Deutschland – mit dem Exzellenzcluster „Precision Physics, Fundamental Interactions and Structure of Matter“ (PRISMA), der Exzellenz-Graduiertenschule „Materials Science in Mainz“ (MAINZ) und neun Sonderforschungsbereichen, davon alleine vier im Bereich der Lebenswissenschaften.

„Das bereits sehr ausgeprägte und bundesweit auch anerkannte Profil der Mainzer Universität kann durch die erneute Unterstützung der Boehringer Ingelheim Stiftung, für die auch ich mich herzlich bedanken will, weiter geschärft werden“, ist sich Bildungs- und Wissenschaftsministerin Doris Ahnen sicher. Als einer der zentralen Wissenschaftsbereiche für die Zukunft eröffneten die Lebenswissenschaften neue Perspektiven für die gesamte Menschheit. „Es ist sehr erfreulich, dass wir diesen interdisziplinären Forschungsbereich, in dem Medizin, Biologie, Biochemie, Physik, Bioinformatik, Materialwissenschaften und andere Fachwissenschaften zusammenwirken, mit einer der größten privaten Spenden für eine Universität jetzt weiter ausbauen können. Das wird die Johannes Gutenberg-Universität Mainz im nationalen und internationalen Wettbewerb und die Bedeutung von Mainz als Stadt der Wissenschaft stärken. Der Schritt ist aber auch für Rheinland-Pfalz insgesamt als Wissenschafts- und Forschungsstandort von großer Bedeutung“, sagte Doris Ahnen weiter.

Prof. Dr. Dr. Andreas Barner, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Boehringer Ingelheim Stiftung: „Diese erneute Spende wird helfen, die Qualität der Forschung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in den lebenswissenschaftlichen Bereichen zu verbessern. Dies ist ein Ziel, das auch mit der Spende für das Institut für Molekulare Biologie (IMB) verfolgt und schon dank sehr guter Berufungen an das IMB erfolgreich umgesetzt wurde. Mainz wird damit in diesem Bereich eindeutig international konkurrenzfähiger.“

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz hat in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder mit einem Exzellenzcluster und einer Exzellenz-Graduiertenschule erfolgreich abgeschnitten, konnte sich mit ihrem Zukunftskonzept „The Gutenberg Spirit: Moving Minds – Crossing Boundaries“ allerdings letztlich nicht durchsetzen. Mit der Zuwendung der Boehringer Ingelheim Stiftung ist die Johannes Gutenberg-Universität Mainz gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung in der Lage, wichtige Teile des Zukunftskonzepts auch ohne Bundesförderung im Rahmen der Exzellenzinitiative zu implementieren. Zentrale Idee dieses Zukunftskonzepts ist die Einbindung exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Steuerung der Universität über drei Exzellenzkollegs: das „Gutenberg Research College (GRC)“ und das „Gutenberg Teaching Council (GTC)“ zur Förderung von Exzellenz in Forschung und Lehre sowie das „College for Young Researchers (CYR)“, das sich der gezielten Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses widmen soll. „Wir freuen uns außerordentlich, dass wir nun unser Zukunftskonzept zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung in weiten Teilen umsetzen können“, erklärt der Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch, „darüber hinaus unterstützt diese Zuwendung unseren Anspruch, die herausragende Mainzer Forschung international sichtbar zu machen. Die Boehringer Ingelheim Stiftung hat die Weichen für eine Erfolgsgeschichte gestellt – im Hinblick auf die zahlreichen wissenschaftlichen Anknüpfungspunkte der Biologie zu den etablierten Forschungsschwerpunkten an der Universität, aber auch zur Universitätsmedizin Mainz bedeutet dies eine nachhaltige Unterstützung der Spitzenforschung an unserer Universität.“

Flankiert wird diese Fördermaßnahme seitens der Universität und der Landesregierung durch einen Neubau für moderne lebenswissenschaftliche Forschung, in dem voraussichtlich ab 2016 wesentliche Teile des Fachbereichs Biologie untergebracht werden. Zudem wird ein bisher vom Max-Planck-Institut für Chemie genutztes Gebäude saniert und für Zwecke der Lebenswissenschaften hergerichtet.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer war zu Gast beim Landfrauenverband Rheinland-Nassau. Das Bild zeigt (von links): Christa Klaß, Malu Dreyer, Gertrud Endres, Rita Lanius-Heck und Ines Unger. *Foto: Udo Stanzlawski*

Gleichstellung gehört zur Gerechtigkeit

Ministerpräsidentin Malu Dreyer war zu Gast beim Landfrauenverband Rheinland-Nassau

Als eine zentrale Frage der Gerechtigkeit hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft bezeichnet. Bei der Verabschiedung der Präsidentin des Landfrauenverbandes Rheinland-Nassau, Christa Klaß, in Koblenz bekräftigte die Ministerpräsidentin die Notwendigkeit von Quotenregelungen. „Um vollständige Gleichstellung zu erreichen, ist vieles notwendig, zum Beispiel die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern“, so Dreyer. Sie lobte die Initiative des Landfrauenverbandes „Frauen in die Parlamente“. „Mit Blick auf die Kommunalwahl 2014 sind diese Aktivitäten nötig, denn noch immer ist nicht einmal jedes fünfte Ratsmandat von einer Frau besetzt“, sagte die Ministerpräsidentin.

Den Landfrauenverband würdigte sie als größte Interessenvertretung für Frauen im ländlichen Raum, der hervorragend in den Heimatregionen verankert sei und ein ausgezeichnetes Netzwerk pflege. Auch bei der Umsetzung der Demografiestrategie des Landes sei er deshalb ein wichtiger Partner der Landesregierung. „Der demografische Wandel hat vielfältige Auswirkungen. Wir müssen seine Chancen nutzen und dabei die Menschen mitnehmen. Wir wollen die ländlichen Räume aufgrund ihrer Stärken nachhaltig entwickeln“, unterstrich Dreyer.

Als weiteres gemeinsames Thema nannte die Ministerpräsidentin die Weiterbildung und dabei insbesondere den Bereich Ernährung. Hierbei sei das Ziel, das Vertrauen in die regional erzeugten und qualitativ hochwertigen Lebensmittel zu stärken.

Rheinland-Pfalz könne auch stolz sein auf seine lebendige soziale Kultur und das vielfältige ehrenamtliche Engagement. „Sie alle hier sind Teil dieser erfolgreichen Ehrenamtsbewegung. Besonders möchte ich heute Christa Klaß danken, die fast 25 Jahre Präsidentin des Landfrauenverbandes Rheinland-Nassau war“, so Dreyer. Gemeinsam mit der ebenfalls scheidenden Geschäftsführerin Gertrud Endres habe sie ein äußerst kompetentes Team gebildet und sich engagiert für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum eingesetzt.

Malu Dreyer gratulierte der neuen Präsidentin Rita Lanius-Heck und der neuen Geschäftsführerin Ines Unger und wünschte ihnen viel Erfolg für die neuen Aufgaben. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit und viele gemeinsame Projekte. „Zuletzt danke ich Ihnen allen, die sich ehrenamtlich in den unterschiedlichsten Funktionen einsetzen. Wir brauchen Ihre Fähigkeiten und Ihr Engagement, um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen“, sagte Ministerpräsidentin Dreyer.

Jagdzeiten müssen modernisiert werden

Umweltstaatssekretär Griese erläuterte beim Landesjagdverband neue Jagverordnung

Bei der Jahreshauptversammlung des Landesjagdverbands Rheinland-Pfalz in Boppard hat Umweltstaatssekretär Thomas Griese zur neuen Landesjagdverordnung Stellung genommen, die im Sommer in Kraft treten soll. Intention der Verordnung sei es, die tier- und artenschutzgerechte Jagd sowie das eigenverantwortliche Handeln der Jägerinnen und Jäger in Rheinland-Pfalz zu fördern. Durch die Zusammenfassung verschiedener Rechtsverordnungen werde das Jagdrecht zudem deutlich übersichtlicher. Griese: „Aufgrund der teils unterschiedlichen Interessen der Jagd, des Naturschutzes, der Landwirtschaft und anderen Akteuren ist es Aufgabe der Landesregierung, Kompromisse zu finden, mit denen alle Seiten leben können“, sagte Griese.

Der Staatssekretär kündigte an, dass das Ministerium bei der Auswertung der Stellungnahmen aus dem laufenden Anhörungsverfahren die Voten des Landesjagdbeirates und der kommunalen Seite besonders berücksichtigen werde. „Die Jagdzeiten müssen modernisiert werden“, betonte Griese. Festhalten wolle das Ministerium unter anderem an der weitgehenden Synchronisation der Jagdzeit auf den Rehbock



Umweltstaatssekretär Thomas Griese

mit dem übrigen Rehwild sowie an der ganzjährigen Schonzeit für den Iltis. Ebenso bleibe es beim Verzicht auf Güteklassen beim männlichen Rot-, Dam- und Muffelwild: „Der Abschuss sollte sich an einem natürlichen Aufbau des Wildbestands hinsichtlich Kondition, Alter und Geschlecht orientieren und nicht an der Ausprägung von Geweihen und Gehörnen.“

Von den versammelten Jägerinnen und Jägern wünschte sich Staatssekretär Griese eine konstruktive Zusammenarbeit, die in der Diskussion durchaus hart sein dürfe aber immer fair bleiben müsse. In diesem Zusammenhang wies Griese den Vorwurf, die Landesregierung ließe Rotwild im Bereich Ahrweiler verhungern, scharf zurück und verwies auf die dort festgestellte hohe Belastung des Rotwildes mit Parasiten. Dieser Befund unterstreiche die notwendige Anpassung der dort deutlich überhöhten Rotwildbestände an die Tragfähigkeit des Lebensraumes.

Ausdrücklich dankte der Staatssekretär dem Landesjagdverband für sein Engagement im Rahmen seiner neuen Naturschutzstrategie, etwa durch die aktuelle Einrichtung eines Futtertischs für Rotmilane. Griese machte deutlich, dass sich sein Haus über eine ähnlich positive Unterstützung der aktiven Jägerschaft bei der Rückkehr weiterer heimischer Tierarten wie Luchs und Wolf freuen würde und bekräftigte seine Bereitschaft, entsprechende Projekte zu unterstützen.

Der ökologische Weinbau stand im Blick

Ministerin Ulrike Höfken verlieh in Stuttgart Weinpreise „PIWI International“

Der ökologische Weinbau stand im Mittelpunkt des Besuchs der rheinland-pfälzischen Weinbauministerin Ulrike Höfken auf der Weintechnologie-Messe Intervitis 2013 in Stuttgart. Als Schirmherrin eröffnete Höfken die Fachtagung „Neue Herausforderungen im Ökologischen Weinbau“, die im Rahmen des 61. Deutschen Weinbaukongresses stattfand. Am Nachmittag verlieh sie gemeinsam mit dem baden-württembergischen Ministerialdirektor Wolfgang Reimer die Weinpreise PIWI-International 2012 – auch an etliche Weingüter aus der Pfalz, Rheinhessen, Nahe und Mosel.

„Der ökologische Weinbau ist weltweit aus der Nische der Pioniere herausgetreten und hat etwa bei der umweltfreundlichen Bodenpflege oder dem alternativen Pflanzenschutz auch den konventionellen, qualitätsorientierten Weinbau positiv beeinflusst“, stellte Höfken fest. Rheinland-Pfalz sei bei dieser Entwicklung bundesweit Spitze: Hier wächst mit rund 4500 Hektar Öko-Wein rund 70 Prozent der Rebfläche, die in Deutschland ökologisch bewirtschaftet wird. Höfken wies darauf hin, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung den Öko-Weinbau voller Überzeugung unterstütze, nicht zuletzt durch die Umstellung des Staatsweinguts Bad Kreuznach, wo man den Öko-Anbau künftig wissenschaftlich weiterentwickeln wolle, um neue Erkenntnisse für die Praxis der konventionellen und ökologischen Winzer zu gewinnen.

„Ganz besonders freut mich das zunehmende Interesse an den PIWIS, den pilzwider-standsfähigen Rebsorten, die zu einem nachhaltigen Weinbau beitragen“, so Höfken bei der Verleihung der PIWI-Preise. Sie wies darauf hin, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung seit diesem Jahr Anbaueignungsversuche für entsprechende, noch nicht zugelassene Rebsorten fördere. Den Gewinnern des Weinpreises PIWI-International, den die Vereinigung PIWI-International ausgelobt hat, gratulierte sie herzlich: „Die große Bandbreite der ausgezeichneten Weine macht deutlich, dass die PIWIS inzwischen von hervorragender Qualität sind“, betonte Höfken. Sie zeigte sich überzeugt davon, dass der Wettbewerb sowie die Präsentation auf der Messe dazu beitragen werden, diese umweltfreundlichen Rebsorten bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu etablieren.

Bei einem Messerundgang gemeinsam mit der ECOVIN-Vorsitzenden Lotte Pfeffer-Müller, dem Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes, Norbert Weber sowie den Präsidenten der Weinbaugebiete Rheinhessen, Pfalz und Mosel lernte die Ministerin neueste Weinbau-Technologien kennen. Die Intervitis Interfructa gilt als globale Innovationsplattform, wo sich rund 600 Hersteller von Wein, Obst, Fruchtsaft und Spirituosen aus 23 Ländern präsentieren.

Zahl der Arbeitslosen im Land ist deutlich gesunken

Dreyer/Schweitzer: Kompetenzen älterer Arbeitsloser nutzen

„Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Menschen ist in Rheinland-Pfalz im April deutlich gesunken“, unterstrichen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Arbeitsminister Alexander Schweitzer anlässlich der Bekanntgabe der aktuellen Arbeitsmarktzahlen in Mainz. Insgesamt waren im April 118 585 Menschen in Rheinland-Pfalz ohne Arbeit. Das sind mehr als 3000 weniger als noch im Vormonat. Die Arbeitslosenquote beträgt derzeit 5,6 Prozent und sank gegenüber März um 0,2 Prozentpunkte. „Damit hat Rheinland-Pfalz weiterhin die drittniedrigste Arbeitslosenquote unter den Ländern“, betonten die Ministerpräsidentin und der Arbeitsminister.

Dreyer und Schweitzer wiesen darauf hin, dass besonders die Jobaussichten der am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen verbessert werden müssen. „Trotz einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren Ältere von der insgesamt guten Situation auf dem Arbeitsmarkt bisher nur sehr unterdurchschnittlich. Aktuell sind 23 350 Personen über 55 Jahre arbeitslos, dies sind fast 20 Prozent aller Arbeitslosen. Dafür gebe es keine nachvollziehbaren Gründe. Neben den fachlichen Qualifikationen könnten vor allem die sozialen Kompetenzen Älterer eine wichtige Bereicherung für einstellende Betriebe sein. Zudem seien ältere Arbeitnehmer heute fitter und gesünder als in früheren Jahren und könnten länger am Erwerbsleben teilnehmen.

Schweitzer betonte, wie wichtig es sei, in Zeiten, in denen Fachkräftesicherung und Zuwanderung vermehrt thematisiert würden, die arbeitslosen älteren Fachkräfte in Deutschland nicht zu vergessen. „Ich appelliere an Betriebe und Unternehmen, die Bewerbungen Älterer genauer zu prüfen und auch ihnen eine faire Chance zu geben“, so der Arbeitsminister. Gleichzeitig müsse die Bundesregierung dieses Problem aktiver und zielgerichtet angehen und arbeitslose Ältere intensiver unterstützen, unterstrich die Ministerpräsidentin. „Die Bundesagentur für Arbeit ist hier aufgefordert, passgenaue Programme für diese Altersgruppe aufzulegen. Seit dem Jahr 2012 steigt die Regelaltersgrenze um einen Monat pro Jahr an. Menschen, die noch zehn Jahre und länger bis zur Altersrente arbeiten müssen, dürfen nicht ohne Perspektive allein gelassen werden“, so Dreyer. Die Zahlen belegen, dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe.

Patientenwohl im Mittelpunkt

Minister Schweitzer bei Gesundheitsforum in München

Das Patientenwohl steht für Gesundheitsminister Alexander Schweitzer im Mittelpunkt der rheinland-pfälzischen Gesundheitspolitik. „Die Versorgung der Patientinnen und Patienten muss sich, unabhängig von Alter und Einkommen, an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten und nicht allein an ökonomischen Zwängen“, sagte Schweitzer auf dem 11. BGF-Gesundheitsforum in München. Hier diskutieren Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Forschung Zukunftsperspektiven für die deutsche Gesundheitswirtschaft. Im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung steht die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Kontext der aktuellen Entwicklungen im deutschen Gesundheitswesen.

An der Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitssystems bestehe kein Zweifel, sagte Schweitzer. Doch nach den Reformen der letzten Jahre seien wieder mehr Solidarität und Gerechtigkeit im Gesundheitswesen notwendig. Aus diesem Grund trete auch Rheinland-Pfalz für die Einführung eines solidarischen Krankenversicherungssystems ein, um für alle Menschen einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung zu schaffen und Privilegierungen im Gesundheitssystem zu beenden. „Dabei sind die Stärkung der hausarztzentrierten Versorgung, die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe ebenso wie eine verlässliche und gerechte Finanzierung im Krankenhausbereich wesentliche Eckpfeiler der rheinland-pfälzischen Gesundheitspolitik“, so der Minister.

Schweitzer ist die Beteiligung der Patientinnen und Patienten an der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens ein wichtiges Anliegen. „Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das gesetzlich geregelt hat, dass Patientenvertreter im Schlichtungsausschuss zur Aufklärung möglicher Behandlungsfehler gleichberechtigt mitentscheiden. Das hat sich im Sinne einer transparenten Aufklärungskultur bewährt.“ Bedeutung für die Patientenorientierung habe zudem die künftige Pflegekammer Rheinland-Pfalz. „Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz wird eine patientenorientierte Pflegestruktur mitgestalten und umsetzen. Nur eine starke Pflege und eine starke



Gesundheitsminister Alexander Schweitzer

Pflegevertretung kann dazu beitragen, dass sich die Pflege den Herausforderungen der künftigen Gesundheitsversorgung stellen kann“, unterstrich der Gesundheitsminister.

Darüber hinaus setze Rheinland-Pfalz auf innovative Techniken, wie die Telematik, um eine flächendeckende gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Bevölkerung vor allem in den ländlichen Regionen zu sichern. Schweitzer sei überzeugt, dass telematische Anwendungen Schritt für Schritt den Gesundheitssektor erobern und zu einer verbesserten Patientenversorgung beitragen werden. Als Beispiel nannte er Assistenzsysteme per Bildschirm. Diese ermöglichen eine maßgeschneiderte Medikation von pflegebedürftigen Patientinnen und Patienten, die per Videobegleitung von Ärzten verordnet wird. Der Landesregierung sei es wichtig, die einzelnen Angebote im Gesundheitssektor regional und überregional besser aufeinander abzustimmen und die Potenziale der unterschiedlichen Sektoren koordiniert zu nutzen. In verschiedenen Modellprojekten würde dabei die Technik gestützte Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgungskette erprobt.

StaatsZeitung
erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

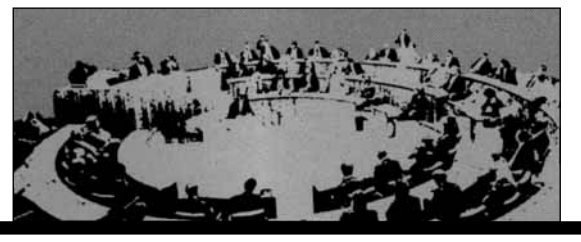
Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, 55286 Wörrstadt.

Redaktion für die StaatsZeitung: Monika Fuhr (verantwortlich), Michael Maurer (Koordination), Rolf Becker.

Redaktion für Staatsanzeiger: Brigitte Hattenhauer, Gottfried Huba (verantwortlich)– (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland- Pfalz – Amtliche Bekannt machungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung
– Ausgabe A –.
Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers, jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91 Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 06131/164753, Fax: 0 6131/164070.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,– Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1–3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheits rechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Aus dem Landtag

Senkung des Wahlalters auf 16 gescheitert

Landtag debattierte auch über Steuergerechtigkeit und Justizgesetz

Der Kauf der Steuer-CD durch Rheinland-Pfalz und die Selbstanzeige des FC Bayern-Präsidenten haben die Debatte über Steuergerechtigkeit wieder hochkommen lassen. Der rheinland-pfälzische Landtag diskutierte in seiner 48. Plenarsitzung am Mittwoch, dem 24. April 2013 über dieses Thema. Die Abgeordneten sprachen im Plenum außerdem über das Straßennetz im Land und die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung. Sie entschieden auch über ein Landesgesetz, das den Justizvollzug weiterentwickeln soll. Geplant ist darin, dass inhaftierte Väter ihre Kleinkinder während der Haft zu sich nehmen können. Die Arbeitspflicht für erwachsene Häftlinge soll entfallen.

Im Landtag scheiterte in der 49. Plenarsitzung am Donnerstag, dem 25. April 2013 der Versuch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für ein Kommunalwahlrecht schon ab 16 Jahren. Nötig dafür wäre aber eine Verfassungsänderung und damit eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Doch die CDU war dagegen: Eine Senkung des Wahlalters zeige keine Wirkung im Kampf gegen Politikverdrossenheit.

Weitere Themen im Landtag waren der Streit um eine Frauenquote in Spitzengremien, die Entwicklung des Frachtgeschäftes am Hunsrück-Flughafen Hahn und die Suche nach einem atomaren Endlager. Außerdem debattierten die Abgeordneten über die Proteste gegen die Aufstellung weiterer Windräder.

Zustand rheinland-pfälzischer Straßen

In einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde wurde der Zustand der rheinland-pfälzischen Straßen thematisiert. Während die CDU auf den ihrer Meinung nach schlechten Zustand der Straßen verwies, die „mit Schlaglöchern gesät seien, zeigte sich die Landesregierung zufrieden angesichts ihrer Verkehrspolitik.

Selbst die Gewerkschaft Verdi lege „die Faust in mit Schlaglöchern gesäten Straßen“ in Rheinland-Pfalz, so **Alexander Licht (CDU)**. Ohne gute Verkehrsanbindungen könne aber kein Wohlstand geschaffen werden. Darum sei unter anderem ein „Ja“ zur Mittelrheinbrücke notwendig, aber auch bei anderen Großprojekten müsse endlich etwas geschehen. Neben der Verdi haben sich ebenfalls die Industrie- und Handelskammern enttäuscht von der betriebenen Verkehrspolitik gezeigt, mahnte Licht an. Die Landesregierung nehme mit massiven Streichungen im Landesstraßenprogramm dabei enorme Folgen für das Flächenland Rheinland-Pfalz in Kauf. Licht sprach sich dafür aus, Gelder des Bundes nicht mehr nach Quote zu verteilen, sondern nach dem jeweiligen Bedarf, um eine optimale Finanzierung erreichen zu können. Bezugnehmend auf die Initiative „Anschluss Zukunft“ im Westerwald stellte Licht klar, die CDU wolle den Anschluss Zukunft für den Westerwald und für ganz Rheinland-Pfalz.

Man wolle keine Pawlow'schen Dörfer in Rheinland-Pfalz schaffen, stellte **Astrid Schmitt (SPD)** den Forderungen der CDU-Fraktion entgegen. Große Projekte in Rheinland-Pfalz seien aber trotzdem erfolgreich angegangen worden. Die Landesregierung habe richtigerweise den Schwerpunkt auf die zukunftsträchtigen Bereiche Schienenverkehr und Wasserstraßen gesetzt. Dies sei nicht zuletzt auch aus ökologischen Gesichtspunkten der richtige Weg. Die Schwerpunktsetzung in diesen Bereichen erfordere an anderer Stelle allerdings selbstverständlich, andere Projekte gegebenenfalls liegen zu lassen, räumte Schmitt ein. Der Forderung der CDU-Landtagsfraktion, für mehr Projekte Gelder beim Bund anzumelden, setzte Schmitt entgegen, man habe bereits Finanzierung in Volumen angemeldet, deren Finanzierung die Möglichkeiten des Bundesverkehrsministeriums überstiegen. Dass an einigen Stellen nicht gebaut werde, sei nicht der Landesregierung anzulasten. Allein fünf Großprojekte in Rheinland-Pfalz warteten nur auf die zugesagten Gelder des Bundes. Generell sei es aber vornehmlich die Erhaltung der schon vorhandenen Straßen, die forciert werden müssten, so Schmitt weiter, denn Erhalt habe Vorrang vor Neubauprojekten zu genießen.

Die Koalition habe sich dem ökologischen Wandel verschrieben, sagte **Jutta Blatzheim-Roegler (Bündnis 90/ Die Grünen)**. Dies bedeute, „Mammutprojekte“ zugunsten von Erhaltungsmaßnahmen der schon vorhandenen Straßen zurückzustellen, um Verkehrspolitik im Sinne der Nachhaltigkeit zu betreiben, so Blatzheim-Roegler. Neben Erhaltungsmaßnahmen müssten nun ebenfalls die Regelungen zu Tempolimits und im Bereich des Lärmschutzes unter die Lupe genommen werden. Weitergreifende Tempolimits seien demnach in Betracht zu ziehen. Lärmschutzmaßnahmen, insbesondere der Fall des Frankfurter Flughafens und die Dämpfung von Bahnlärm forderten dabei vor allem die Beteiligung des Bundes, der diesbezüglich aber bislang Forderungen der Landesregierung torpediert habe, zeigte sich Blatzheim-Roegler enttäuscht. Der Opposition warf sie vor, nur „alten Beton“ anzumischen und keine neuen Ideen einzubringen. Die Grünen-Landtagsfraktion habe sich vor allem eine Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit auf die Fahnen geschrieben. Es gelte, Gefahrenquellen im Verkehr auszuräumen. Dabei sei auch die Beteiligung der Opposition explizit erwünscht, die nicht ihre Energie in „Lärmanträge“ stecken, sondern sich an der Diskussion beteiligen solle, forderte Blatzheim-Roegler.

Die CDU stehe für permanent steigende Ausgaben, stellte **Infrastrukturminister Roger Lewentz (SPD)** seiner Meinung nach fest. Die Kritik der Opposition zeichne sich dabei meist nicht als sonderlich belastbar aus. Das Verkehrsministerium forciere generell die Verstärkung der Bahnnutzung in Rheinland-Pfalz. Außerdem gelte es, den öffentlichen Personen- und Nahverkehr zu unterstützen. Das Land gehe dabei schon jetzt bis an den Rand seiner Möglichkeiten. Bremsend wirke sich hier vor allem der mangelnde Etat des Bundes im Bereich der Infrastruktur aus, den selbst der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer bestätigt habe, so Lewentz. Rheinland-Pfalz habe dort mehr Projekte angemeldet, als der Bund in Zukunft bewilligen könne. Um eine bessere Kommunikation bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, sei Lewentz zufolge vor allem die rheinland-pfälzische CDU gefragt, die sich dort vermittelnd beteiligen könne. Faktisch seien in Rheinland-Pfalz aber bereits jetzt die Weichen für wichtige Großprojekte gestellt und das Land habe schon jetzt das dichteste Straßennetz aller Bundesländer.

„Was ist bloß los mit dieser Landesregierung?“ fragte **Thomas Weiner (CDU)**. Selbst eigene Leute seien enttäuscht und könnten die „Hintertürenpolitik“ der Landesregierung nicht länger ertragen. Grünen-Fraktionsvorsitzender Daniel Köbler treibe dies auf die Spitze mit der Aussage, geplant sei noch nicht gebaut. Weiner zeigte sich überzeugt, die Grünen setzten alles daran, Infrastrukturprojekte zu verzögern. An die Ministerpräsidentin Malu Dreyer richtete er diesbezüglich die Forderung, ein Machtwort zu sprechen, um endlich Einigkeit in der Koalition zu schaffen und die Verzögerungspolitik der Grünen zu beenden.

Neuregelung des Handels mit CO_2 Zertifikaten

Eine von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Aktuelle Stunde hatte den Umgang der Bundesregierung mit den Maßgaben des Umweltschutzes zum Thema. Zentraler Punkt bildete die Entscheidung des EU-Parlaments zu einer Neuregelung des Handels mit CO_2 Zertifikaten in der Europäischen Union. Regierungskoalition und Opposition zeigten sich dabei in weiten Teilen auf einer Linie, die CDU-Fraktion betonte aber, man müsse sich auf die Möglichkeiten des Landes konzentrieren, selbst den Umweltschutz anzutreiben.

Dr. Bernhard Braun (Bündnis 90/Die Grünen) sprach im Kontext der Entscheidung des EU-Parlaments von einer Katastrophe für den Umweltschutz. Die EU habe damit den Klimahandel vorerst zum Erliegen gebracht. Von einem Anreiz, den CO_2-Ausstoß zu vermindern, könne nun nicht mehr die Rede sein. Damit sei ein funktionierendes Element faktisch zerstört worden, das langfristig berechenbar sei und damit höchst wirtschaftsverträglich zum Umweltschutz hätte beitragen können. Man habe lediglich falsch geplant, was aber nicht für eine grundsätzliche Unfähigkeit des Instruments spräche. Die Bundesregierung habe in diesem Zusammenhang keine positiven Schritte gemacht. Während der Bundesumweltminister sich für eine Änderung des Zertifikathandels eingesetzt habe, sei dies vom Bundeswirtschaftsminister blockiert worden. Braun betonte, als Parlamentarier trüge man die Verantwortung, für den Zertifikatehandel zu kämpfen. Es müsse zu einer Verteuerung der Zertifikate beigetragen werden, deshalb gelte es, eine Verknappung der Zertifikate anzustreben.

Die Probleme fingen immer mit der Bundesregierung an, so **Marcel Hürter (SPD)**. Dabei seien sich alle der großen Herausforderung, die der Umweltschutz innehabe, bewusst. Die Bundesregierung mache sich dabei allerdings das Leben sehr einfach. Die Steuer auf CO_2 Ausstöße wirke nicht, erklärte Hürter, da die Preise pro Tonne CO_2 faktisch viel zu niedrig seien. Auf Seiten der Bundesregierung zeige sich eine opportunistische Verwendung des Klimawandels als Argument. Einerseits habe man noch 2007 die Verwendung der Kernenergie mit den Vorgaben des Klimaschutzes begründet, nun sei die Bundesregierung aber nicht bereit, wichtige Veränderungen mit anzugehen. Es gehe aber darum, nun Projekte mit dem Blick auf das „Große Ganze“ zu betreiben, so Hürter weiter. Auch der Landtag müsse deshalb Farbe für den Klimaschutz bekennen.

Christian Baldauf (CDU) warf der Grünen-Fraktion vor, die Aktuelle Stunde lasse den Bezug zur Landespolitik vermissen. Es sei zwar schön, dass Europa eine größere Rolle spiele. Vornehmlich habe sich die Regierungskoalition aber an die eigene Nase zu fassen und eigene Klimaschutzprojekte zu forcieren. Das große Programm der Gebäudesanierung habe eine diesbezügliche Ablehnung neuer Wege von Seiten der Landesregierung gezeigt. Sie habe „die Hausaufgaben im Land“ nicht gemacht. Des Weiteren müsse beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine Verteuerung der Strompreise bekämpft werden, um Strom erschwinglich bleiben zu lassen. Aktuell explodierten aber die Preise, so Baldauf. Den Grünen warf Baldauf vor, mit Schnellschüssen auf die Entscheidung des EU-Parlaments zu reagieren.

Klimaschutzministerin Eveline Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, nach jetzigem Stand stelle der Zertifikatehandel faktisch eine Erlaubnis für die europäischen Unternehmen dar, praktisch ungehindert die Luft zu verschmutzen. Es müsse aber so geregelt werden, dass Unternehmen ein Interesse dafür entwickelten, Ausstöße zu vermindern. Dies könne nur durch eine Verknappung der Zertifikate geschehen, um das „marktwirtschaftliche Instrument des Zertifikatehandels effektiv zu machen. Enttäuschend sei bei jetzigem Stand außerdem, dass die Gelder aus dem Erlös des Handels, die eigentlich dem Klimaschutz zugeführt werden sollten, nicht zur Verfügung stünden. Deshalb sei es nicht möglich, entsprechende Maßnahmen zu finanzieren, die eigentlich durch die versprochenen Erlöse zu finanzieren seien. Lemke zeigte sich besorgt, die FDP habe scheinbar kein Interesse an einer effektiven Klimaschutzpolitik. Dabei seien es nur die verschmutzenden Unternehmen, die unter einem effektiven Zertifikatehandel leiden würden. Dies sei aber gerade der Sinn des Instruments. Die Blockade der FDP zeige hier deutlich, dass gerade diese umweltunverträglichen Unternehmen die Klientel der Partei bildeten, war Lemke überzeugt.

Margit Mohr (SPD) betonte, seit 2005 sei der Zertifikatehandel rechtlich verankert. Das Geld aus den Erlösen flösse in den Klimafonds. Da das Instrument nicht funktioniere, sei nun aber kein Geld mehr da, das investiert werden könne. Dass nun das Kreditinstitut für Wiederaufbau herangezogen würde, bedeute eine neuerliche Belastung der Steuerzahler, die dessen Zahlungen letztendlich zu tragen hätten. Den umweltunverträglichen Unternehmen werde damit ermöglicht, auf Kosten der Steuerzahler weiter die Luft zu verschmutzen, was nicht erwünscht und in hohem Maße kontraproduktiv sei. Es gelte nun, mit Unterstützung aller Parteien eine Reform des Zertifikatehandels herbeizuführen, um die zur Kasse zu bitten, die den Klimaschutz verhindern und nicht die Steuerzahler erneut die Zeche zahlen zu lassen.

Konsequent gegen Steuerparadiese

Thema einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde bildete die Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit. Dabei ging es vor allem um den Umgang mit Steuerhinterziehern vor dem Hintergrund des Ankaufs einer Steuer-CD des Landes Rheinland-Pfalz. Während dies von SPD und Grünen befürwortet wurde, zeigten sich die CDU-Abgeordneten skeptisch gegenüber dem Ankauf von CDs und dem Umgang der Landesregierung mit Steuersündern.



SPD-Fraktionsvorsitzender Hendrik Hering (SPD) richtete zunächst seinen Dank an den Wirtschaftsminister, der eine Mehreinnahme von über 500 Millionen Euro an Steuern erreicht habe. Der Rechtsstaat habe sich durch den Ankauf der Steuer-CD gegen Steuerhinterzieher behauptet, durch die der Öffentlichkeit ein Schaden in Milliardenhöhe entstehe. Steuerhinterziehung sei höchst unsolidarisch, betonte Hering, da dadurch der Staat oft nicht ausreichend über Finanzmittel verfüge, die ihm eigentlich zustünden. Die Position der CDU sei auch deshalb nicht mehr haltbar. Hering war überzeugt, die Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz sei der richtige Weg gewesen, da dieses Abkommen effektiv eine Kapitulation des Rechtsstaates vor Steuersündern bedeutet hätte. Nur durch die Ablehnung des Abkommens seien neuerliche Entwicklungen möglich gewesen. Niemand dürfe sich ein Privileg erkaufen, dies sei eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Den Anstoß für die nun mögliche bessere Verhinderung von Steuerhinterziehung habe die Politik der USA geliefert, die konsequent gegen Steuerparadiese vorgingen.



Dr. Adolf Weiland (CDU) sprach sich für Steuerehrlichkeit und -gerechtigkeit aus. Sie seien eine zentrale Frage des freiheitlichen Rechtsstaates. Deshalb, so Weiland, sei man hier mit allen Fraktion auf einer Linie. Der Staat habe sich über Steuern zu finanzieren. Wirtschaftlicher Erfolg aber baue zentral auf der Voraussetzung eines Rechtsstaates und dessen Leistungen auf. Deshalb sei Steuerpflicht bei wirtschaftlichem Erfolg und Leistungsfähigkeit notwendig. Dabei, stellte Weiland klar, gelte gleiches Recht und gleiche Pflicht für alle. Allerdings könnten hier Steuer-CDs nicht eine richtige Steuerpolitik ersetzen. Es gelte vielmehr, Steuerhinterziehung nachhaltig und strukturell zu be-kämpfen. Weiland zeigte sich enttäuscht angesichts des Scheiterns des Steuerabkommens mit der Schweiz. Dieses hätte wichtige zwischenstaatliche Kommunikation ermöglichen können, erklärte er.



Ulrich Steinbach (Bündnis 90/Die Grünen) sagte im Namen der Grünen die volle Unterstützung bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung zu. Die CDU nehme es allerdings mit eben dieser Bekämpfung nicht sehr ernst, beispielsweise mit einer Verdächtigung von Steuerfahndern, die ihrer Pflicht angemessen nachgegangen seien. Das gescheiterte Abkommen wäre einer Amnestie für Steuersünder gleich gekommen, so Steinbach weiter. Die Aussage aus Reihen der Union, der Ankauf von Steuer-CDs grenze an Kriminalität sei dringend zu überdenken. Er verwies dabei auch auf die Aussage Rainer Brüderles, der den Ankauf von Steuer-CDs mit dem Tatbestand der Hehlerei verglich. Steuerpolitik sei Sache des Parlaments und nicht der Steuerzahler. Der CDU warf Steinbach weiter vor, Konsistenz in ihren Aussagen zum Thema vermissen zu lassen. Sie müsse Argumente liefern, was zu tun sei, um Steuerhinterziehung nachhaltig zu bekämpfen und den Ankauf von Steuer-CDs obsolet werden zu lassen. Dies sei die zentrale Frage der Politik. Auf Vorwürfe, Steuerhinterziehung sei auch durch das bestehende Steuersystem begründet, entgegnete Steinbach, Steuerhinterziehung existiere nicht wegen der steuerlichen Komplexität, sondern hätte vollkommen andere Gründe.



Dem pflichtete auch **Finanzminister Dr. Carsten Kühl (SPD)** bei. Die Konsolidierung des Landeshaushaltes verlange Verzicht. Dieser könne aber nur gerecht begründet werden. Steuerhinterziehung unterlaufe diese Gerechtigkeit. Sie beraube dabei des Weiteren die Steuerhinterzieher auch an ihrer eigenen Teilhabe am Gemeinwohl. Bislang gebe es noch kein vernünftiges Steuerabkommen. Dies sei aber dringend zu forcieren, so Kühl. CDs seien deshalb zulässig, wenn sie werthaltig seien und rechtsstaatliche Voraussetzungen erfüllten, stelle er fest. Der Ankauf sei dem gerecht geworden, da er in enger Abstimmung mit den Bundesbehörden stattgefunden habe. Für die Ablehnung des Abkommens mit der Schweiz habe außerdem nicht zuletzt die Masse an Selbstanzeigen gesprochen, die anschließend eingegangen seien. Ein Abkommen ohne Informationsaustausch der Länder sei grundsätzlich abzulehnen, da sonst der einzige Vorteil bei den Steuersündern läge, die anonym amnestiert würden. Steuerhinterziehung sei aber faktisch mit Diebstahl gleichzusetzen. Es dürfe keine solche Selbstjustiz geduldet werden, war Kühl überzeugt. Veränderungen des Steuerrechts müssten nach wie vor nur auf dem demokratischen Wege entschieden werden, sie dürften nicht in Hand einzelner liegen, die das System für sich selbst als ungerecht empfänden.

Weiterentwicklung des Justizwesens

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landesgesetz zur Weiterentwicklung von Justizvollzug, Sicherungsverwahrung und Datenschutz wurde im Plenum in zweiter Beratung diskutiert. Die Regierungskoalition befürwortete den Entwurf und die Zusammenführung des Jugend-, Untersuchungs- und Erwachsenenvollzugsrechts, von Seiten der Opposition wurde dies als kompliziert und nicht sachdienlich kritisiert. Das Gesetz wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU angenommen. Ein Änderungsantrag der CDU wurde abgelehnt.

Häftlinge, die nicht mehr rückfällig werden, seien das Beste für das System, betonte **Dr. Axel Wilke (CDU)**. Der Landesregierung warf Wilke zunächst vor, sie habe die Opposition nicht wie versprochen stärker eingebunden. Dabei sei von Seiten der CDU das Thema am meisten forciert worden.



Es sei zu begrüßen, dass der Langzeitausgang von Straftätern nun schon nach zehn Jahren Haftdauer möglich werde. Die Zusammenfassung der drei Vollzugsgesetze von Untersuchungs-, Jugend- und Erwachsenenstrafrecht

im Landesgesetz sei allerdings überflüssig und undurchsichtig. Hier habe die Landesregierung nicht richtig agiert. Wilke betonte diesbezüglich vor allem die seiner Meinung nach zu knapp bemessene Beratungszeit im Vorfeld des Gesetzesentwurfes. Es habe eine Evaluation im „Schweinsgalopp“ stattgefunden. Man habe dabei verpasst, klare Ansagen an die Insassen der Gefängnisse zu liefern. Zu Bedenken sei, dass es sich bei Verbrechern keineswegs um einen Querschnitt der Gesellschaft handele. Deshalb müsse auch die Arbeitspflicht erhalten bleiben, die Verpflichtung zur Sozialtherapie hingegen gehe zu weit, da ohnehin nicht ausreichend Therapiemöglichkeiten zur Verfügung stünden. Die CDU könne außerdem die neue Regelung zur Aufnahme von Kindern in die Justizvollzugsanstalten nicht mittragen, da dies nur im Frauenvollzug leistbar sei, nicht aber im Männervollzug. Gefängnisse seien kein Ort für Kinder. Wilke zeigte sich insgesamt enttäuscht über die fehlende Annahme der Regierungskoalition von Änderungsvorschlägen der CDU.



Heiko Sippel (SPD) warf Wilke vor, für eine Rückentwicklung des Strafvollzugs einzustehen. Es sei deshalb keine Konsensfähigkeit erkennbar. Zwar habe es sich um eine „ambitionierte Zeitvorlage“ gehandelt, es sei aber ein angemessenes Ergebnis erreicht worden. Die neue Handhabung erfordere eine Umstellung des Strafvollzugs, die Vorteile würden sich aber schnell ergeben, erklärte Sippel. Wegsperren alleine genüge nicht. Es gelte, Gefangene dazu zu befähigen, nach Strafende ein straffreies Leben zu führen. Das Gesetz schaffe hierfür bessere Voraussetzungen. Die nun möglichen Diagnoseverfahren ermöglichten einen besseren Resozialisierungserfolg. Dieser sei die Voraussetzung für bessere Strafverminderungsmöglichkeiten. Sippel sprach sich für den Wegfall der Arbeitspflicht in Gefängnissen aus. Sie verlaufe ohnehin ins Leere, da bei Gefangenen der Wille bestehe zu arbeiten. Dies gelte ebenso für Untersuchungsgefangene. Weiter stelle die Arbeitspflicht eine zusätzliche Strafe dar, was aber nicht gerechtfertigt sei, da allein der Freiheitsentzug als Strafe wirken dürfe. Die Erweiterung der Besuchszeiten durch Kinder von Gefangenen um zwei Stunden pro Monat sei außerdem zu begrüßen, da sie ebenfalls der Resozialisierung zuträglich sein könne.



Ziel des Strafvollzugs sei und müsse bleiben, ein Leben frei von weiteren Straftaten zu schaffen, sagte **Gunther Heinisch (Bündnis 90/Die Grünen)**. Das Gesetz biete diesbezüglich sinnvolle Weiterentwicklungen. Die Wahlfreiheit von verschiedenen Maßnahmen biete nun die Möglichkeit, Pläne gemeinsam mit Gefangenen zu erstellen und deren Selbständigkeit somit zu fördern. Freiwilligkeit ziele auf Freiheit. Eine besondere Situation stelle darüber hinaus der Fall da, wenn Eltern zu Gefangenen würden, so Heinisch. Niemand wolle Kinder in Gefängnissen unterbringen. Die besonderen Voraussetzungen erforderten aber die Möglichkeit, Kinder mit Vätern unterzubringen, sofern diese die einzigen Bezugspersonen seien. Dies sei auch den Kindern zuträglich. Heinisch zeigte sich erfreut über die Regelung des Gesetzes zur Ausweitung der Freizeitmöglichkeiten an Wochenenden. Generell sei es sinnvoll, die Vollzugsgesetze zusammenzuführen. Dies sei des Weiteren auch gut durchführbar. Der CDU warf Heinisch vor, inkonsequent zu argumentieren, indem sie nun am Jugendstrafrecht festhalte, das sie zuvor noch abgelehnt habe.



Ähnlich äußerte sich auch **Justizminister Jochen Hartloff (SPD)**. Das Gesetz stelle ein ambitioniertes Verfahren dar, sei aber zu begrüßen. Ziel des Vollzugs bleibe, Gefangene zu befähigen ein Leben ohne Straftaten zu führen. Die große Gefahr im Vollzug sei nämlich, die Verunselbstständigung der Gefangenen zu fördern. Nicht deren Unwilligkeit sei das Problem. Die Förderung von Selbstständigkeit sei nun in diesem Gesetz verwirklicht worden. Hartloff zeigte kein Verständnis für die Forderung der CDU, Frauen und Männer im Vollzug ungleich zu behandeln. Es werde nur nach dem Kindeswohl entschieden, ob eine Unterbringung mit dem Elternteil im Gefängnis zuzulassen sei. Auf die Arbeitspflicht hinweisend betonte Hartloff weiterhin, der Wille zu arbeiten bei Gefangenen bestehe. Dies sei auch die Aufgabe des Vollzugs, neben der Therapie. Arbeit und Förderung von Selbständigkeit seien dabei nur ein Element von vielen. Insgesamt gelte es Ressourcen möglichst zielgerecht einzusetzen. Der Opferschutz werde mit dem neuen Gesetz deutlich in den Mittelpunkt gerückt. Außerdem finde sich nun erstmals der Datenschutz im Gesetz wieder. Hartloff zeigte sich überzeugt, das Gesetz werde der Maßstab für die nächsten Jahre sein.



Katharina Raue (Bündnis 90/Die Grünen) stellte klar, die Arbeitspflicht erleichtere sicherlich die Arbeit der Justizvollzugsanstalten. Eine Befähigung zur Resozialisierung schaffe sie hingegen nicht. Dies sei aber der zentrale Punkt und müsse auch vornehmlich beachtet werden. Deshalb seien die neuen Regelungen sehr zu begrüßen, da sie wichtige Weichen für die Resozialisierung von Gefangenen schüfen. Der von der CDU vorgeschlagene „Schmalspurvollzug“ berge keine Möglichkeit zur erfolgreichen Therapierung von Straftätern und sei deshalb abzulehnen.

Jugendliche aktiver an Politik beteiligen

In zweiter Beratung wurde der Gesetzentwurf von SPD und Grünen zum Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz diskutiert. Der Antrag sah unter anderem vor, das Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 herabzusetzen. Die Regierungskoalition bezeichnete den Antrag als zeitgemäß und überfällig, da Jugendliche fähig und willens seien, sich aktiver an der Politik zu beteiligen. Bei der CDU-Fraktion stieß der Antrag auf Ablehnung. Er sei nicht förderlich, da die Jugendlichen selbst dagegen stimmten, schon mit 16 wählen zu dürfen und es an anderer Stelle zu einer stärkeren Einbindung junger Menschen kommen müsse. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Nach Meinung von **Hendrik Hering (SPD)** verweigerte die CDU rheinland-pfälzischen Jugendlichen, was für die Mehrheit in Deutschland bereits möglich ist. Junge Menschen interessierten und engagierten sich immer stärker für Politik, so Hering. Deshalb sei es Aufgabe der Politik, ihnen ein Signal zu geben, dass man auf sie zugehe. Dabei handele es sich um ein Gebot der Fairness. Jugendliche hätten schon jetzt ein gutes Gespür für das, was für sie wichtig ist. Die Argumentation der CDU in Form der Gleichsetzung von Wahlrecht und Volljährigkeit bedeute eine verkürzte und unzureichende Diskussion der Frage. Es gebe jetzt schon ein differenziertes Rechtssystem in Bezug auf Altersgrenzen und -hürden. Der CDU attestierte Hering diesbezüglich, der Zeit hinterherzulaufen. Es habe sich gezeigt, dass man durch die Vorziehung des Wahlalters eine stärkere Beteiligung der Jugendlichen erreichen könne, dies sei von Seiten der Jungen Menschen auch erwünscht und gefordert worden. Gerade in Bezug auf den demografischen Wandel müsse die Jugend stärker eingebunden werden um sich ausreichend Gehör verschaffen zu können.

Dem widersprach **CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner (CDU)**. Ihrer Meinung nach bedeute mit der Herabsetzung des Wahlalters dem demografischen Wandel und zunehmender Politikverdrossenheit zu begegnen, eine vereinfachte Sichtweise der Situation. Man müsse zweifellos früher mit der Einbindung junger Menschen in politische Prozesse beginnen. Das Wahlrecht sei hier aber nicht der Beginn, sondern der Endpunkt dieser Einbindung. Der Blick auf andere Bundesländer zeige, dass die Herabsetzung des Wahlalters nicht zu einer stärkeren Beteiligung junger Menschen führe. Vor allem die Grünen hätten stets gefordert, die Meinung der Jugendlichen selbst abzuwarten. Es hätte sich aber nun gezeigt, dass die Mehrheit der Jugendlichen gar nicht für ein früheres Wahlrecht eintreten. Damit gehe die Koalition nun über die Meinung der Jugendlichen selbst hinweg, wenn sie dennoch das Wahlsystem ändere. Toleranz werde nun intolerant „durchgedrückt“. Klöckner plädierte, stattdessen andere Einbindungsmöglichkeiten stärker zu fördern, dies könne beispielsweise verstärkt in Schulen stattfinden. Hier gelte es nun, beispielsweise den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.





Fraktionsvorsitzender Daniel Köbler (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, die Würde des Menschen bestehe im Wahlrecht. Dieses Recht müsse man nun auch Jugendlichen geben. Der Schritt sei dabei nur einer auf dem Weg zu einem umfassenden Wahlrecht von Jugendlichen, die schon fähig seien, die Bürde dieses Rechtes zu tragen. Wenn man, wie von der Union gefordert, die Wahlbefähigung von 16-Jährigen hinterfrage, wieso gelte dies nicht auch für ältere Menschen, denen man ungeprüft die Befähigung attestiere. Demokratische Rechte müssten stets erkämpft werden, betonte Köbler. Dies sei auch im Falle des Wahlrechts von Jugendlichen nun der Fall und müsse auch gegen Widerstand geschehen. Jugendliche könnten bislang oftmals nur unzureichend ihre Interessen artikulieren, da sie nicht wahrgenommen würden, fuhr er fort. Deshalb sei es Aufgabe der Politik, ihnen diese Möglichkeit zu schaffen. Es handele sich bei der Verfassungsänderung um einen Schritt zu mehr Demokratie in Rheinland-Pfalz. Damit würde hier etwas möglich, das in vielen anderen Bundesländern bereits an der Tagesordnung ist und sich bewährt habe. Die CDU, so Köbler, habe ohnehin keinen Alternativvorschlag eingebracht und beschränke die eigenen Aussagen auf Scheinargumente, die nichts Produktives schüfen.



Innenminister Roger Lewentz (SPD) schloss sich der Argumentation von SPD und Grünen an. Es könne nun den Jugendlichen die Möglichkeiten gegeben werden, sich aktiv an der Politik zu beteiligen. Das schon moderne Kommunalwahlrecht müsse nun erneut erneuert und an die veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Rheinland-Pfalz stelle dabei ohnehin keinen Einzelfall dar. Einige Bundesländer würden bereits das Wahlrecht ab 16 umsetzen, dies habe sich als erfolgreich herausgestellt. Jugendliche fühlten sich als fähig zu wählen und seien dies auch. Man könne ihnen diese Entscheidungen zutrauen. Eine Verweigerungshaltung gegenüber dieser Entwicklung einzunehmen, würde sich langfristig mit Sicherheit als falsch herausstellen, erklärte Lewentz.

Verspäteter Bescheid stoppt Abschiebung

Die Abschiebung einer aus Syrien stammenden Familie aus Wirges nach Polen durch die Kreisverwaltung Westerwald habe in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt, sagte **Integrationsministerin Irene Alt (Bündnis 90/Die Grünen)** auf eine Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hendrik Hering, Dr. Tanja Machalet, Ingeborg Sahler-Fesel und Dieter Klöckner (alle SPD). Die neuere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes verlange im Gegensatz zum Asylverfahrensgesetz, dass die Betroffenen vorläufigen Rechtsschutz gegen ihre bevorstehende Abschiebung in Anspruch nehmen können. Im Juli 2012 seien die rheinland-pfälzischen Behörden angewiesen worden, die Bescheide nach Eingang bei der Kreisverwaltung unmittelbar den Betroffenen oder ihrem Rechtsanwalt zuzustellen. Zumindest eine Woche müsse zwischen Zustellung und Abschiebtermin liegen. Das Trierer Verwaltungsgericht stoppte die Abschiebung der syrischen Familie, weil der Bescheid von der Ausländerbehörde nicht rechtzeitig ausgehändigt worden sei. Ihr Ministerium habe die Vorgehensweise der Kreisbehörde fachlich beanstandet.

Nur in Bayern und Hessen gebe es eine Zustimmungspflicht des Landtags bei einer Neuordnung der Landesplanung wie beim rheinland-pfälzischen Landesentwicklungsprogramm (LEP IV), sagte **Landesplanungsministerin Eveline Lemke (Bündnis 90/Die Grünen)** auf eine Mündliche Anfrage der Abgeordneten Christan Baldauf und Dr. Norbert Mittrücker (beide CDU). Die Landesregierung sei überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung für einen Ausbau der Windkraftanlagen sei. Eine feste Abstandsregelung zu Wohngebieten enthalte der LEP-Entwurf nicht, weil sich die technischen Voraussetzungen stetig änderten. Die Kommunen könnten in ihren Plänen Regelungen treffen, die die im Bundesimmissionsschutzgesetz genannten 800 Meter veränderten. In der Teilfortschreibung werde zwar eine für Windkraft bereitzuhaltende Fläche von zwei Prozent festgeschrieben. Dies sei aber nicht von einzelnen Gebieten, sondern dem Land insgesamt zu erfüllen.

Es genüge nicht den „Steueroasensumpf“ nur zu markieren, „man muss ihn auch konsequent trockenlegen“, sagte **Finanzminister Dr. Carsten Kühl (SPD)** auf eine Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ulrich Steinbach (Bündnis 90/Die Grünen). Dazu gehöre eine Verlängerung der Verjährungsfrist auf zehn Jahre, die derzeit nur in Ausnahmefällen gelte. Die EU arbeite an einer Richtlinie, die von einer Bund-Länder-Gruppe unter Beteiligung von Rheinland-Pfalz entstehe. Nicht nur die Bemessungsgrundsätze, auch die Steuersätze müssten auf europäischer Ebene harmonisiert werden, betonte der Minister. Die Landesregierung begrüße die EU-Transparenzrichtlinie, die Mindestanforderungen festsetze. „Dies erhöht den Anlegerschutz und steigert das Vertrauen der Anleger.“ Das Abkommen zur Erhöhung der Steuerehrlichkeit mit den USA stehe im Zusammenhang mit dem FACTA-Abkommen der USA. Bestandteil der Zusammenarbeit solle ein Datenaustausch über Finanzinstitute und Konzerndaten sein.

Der Nachtragshaushalt konnte dem Flughafen Hahn Mittel zur Verfügung stellen, dafür sei die wirtschaftliche Situation des Kunden Air Cargo Germany aber nicht ausschlaggebend gewesen, sagte **Innenminister Roger Lewentz (SPD)** auf eine Mündliche Anfrage der Abgeordneten Alexander Licht und Gerd Schreiner (beide CDU). Hintergrund sei vielmehr die Belastung durch Darlehensverpflichtungen der Flughafengesellschaft FFHG. Nicht das Land, sondern das Luftfahrtbundesamt habe das Ruhen der Betriebsgenehmigung der ACG angeordnet. Das Land sei bereit dem Unternehmen zu helfen, „aber es muss Hausaufgaben machen“. Unter andrem der Ausbau der B50 und die 24-Stunden-Betriebsgenehmigung belegten das Engagement des Landes für die Zukunft des Flughafens. Dieser habe nicht ohne Grund in wenigen Jahren den fünften Rang unter den Frachtflughäfen erreicht, die Annahme einer positiven Perspektive für den Flughafen sei nicht unrealistisch.

Fachkundenachweis soll reichen

In erster Beratung wurde im Plenum ein Gesetzentwurf der Landesregierung diskutiert. Thema des Entwurfes war eine Änderung des Gesetzes über die Änderung rettungsdienstlicher Vorschriften. Nach Meinung der Landesregierung sei es notwendig, weiterhin auch Ärzte im Notdienst arbeiten zu lassen, die nicht über die Fachausbildung „Notmedizin“ verfügen, sondern nur über einen entsprechenden Fachkundenachweis. Bei allen Fraktionen herrschte Einigkeit, die Frist zu verlängern, da sonst ein Personalmangel im Notdienst zu befürchten sei. Der Antrag wurde zu weiterer Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Innenminister Roger Lewentz (SPD) begründete den Antrag damit, dass es ohnehin schwierig genug sei, geeignete Ärzte für die Notfallversorgung zu finden. Änderungen im Gesetz seien deshalb dringend notwendig. Durch den Wegfall der Zusatzqualifikation seien ansonsten ernstzunehmende Lücken zu erwarten, die nur schwer zu beheben seien. Der Argumentation folgend müsse nun die entsprechende Frist gestrichen werden, um die entsprechenden Ärzte auch weiterhin in der Notfallversorgung einsetzen zu können.

Zustimmend äußerte sich auch **Dr. Peter Enders (CDU)**. Die Zustimmung zum Gesetzesentwurf gebiete der gesunde Menschenverstand. Man könne sich nicht der realen Situation entgegenstellen und damit einen ernstzunehmenden Personalmangel in der Notfallmedizin in Kauf nehmen. Gerade im ländlichen Raum seien Notärzte dünner „gesät“ als früher. Enders sprach sich weiter dafür aus, eine faire Kostenregelung bei der Notfallversorgung umzusetzen um eine angemessene und gleichmäßige Versorgungssituation herzustellen.

Friederike Ebli (SPD) sprach von einer Situation, die man sich so nicht gewünscht habe, auf die man aber nun angemessen zu reagieren habe. Gerade im ländlichen Raum trete die schwierige Situation zutage. Es sei folgerichtig verantwortungsvoll die Frist zu verlängern, um dem drohenden Personalmangel angemessen zu begegnen. Man könne auch künftig nicht auf die Zusatzqualifikation des Fachkundenachweises verzichten. Es gelte aber generell, der Personalnot entgegenzutreten und diese nachhaltig zu bekämpfen. Die Kosten für die Versorgung müssen dabei angemessen zwischen Krankenhäusern und dem Land Rheinland-Pfalz verteilt werden.

Bei Beibehaltung der jetzigen Gesetzeslage drohe ein enormer Personalengpass, so auch **Stephanie Nabinger (Bündnis 90/Die Grünen).** Dies gelte vor allem für die ländlichen Gebiete in Rheinland-Pfalz. Deshalb seien die jetzt eingesetzten Ärzte auch über die bislang vorgesehene Frist hinaus zu beschäftigen. Über eine optimierte Kostenverteilung und eine Anpassung der Bezahlung müsse dennoch diskutiert werden, um den Bereich auch im Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiver werden zu lassen.

Flexiblere Unterbringung

Der von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes wurde in erster Beratung im Plenum vorgetragen. Thematisiert wurden die bessere Unterstützung von Eltern mit außergewöhnlichen Arbeitszeiten und die flexiblere Unterbringung von Kinderpflegestellen in privaten Räumen. Der Antrag fand die grundsätzliche Zustimmung aller Fraktion und wurde zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet.

Familienministerin Irene Alt (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich dafür aus, mit der Änderung des Kindertagesstättengesetzes einen überfälligen Dienst zur Entlastung von Eltern mit außergewöhnlichen Arbeitszeiten zu leisten. Große Chancen böte hierbei die Nutzung von erweiterten beziehungsweise privaten Räumen für die Kindertagespflege. Die stelle gerade für kleinere Unternehmen ein attraktives und flexibles Angebot dar und berge große Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Änderung sei längst überfällig und komme deshalb viel zu spät, zeigte sich **Simone Huth-Haage (CDU)** enttäuscht. Die Unternehmen hätten deshalb viel zu wenig Zeit sich zu bewerben, was das Risiko berge, dass die Möglichkeiten nicht mehr optimal genutzt werden könnten. In der Landesregierung scheine es immer noch Kräfte zu geben, die sich gegen eine solche Regelung stellten, so Huth-Haage.

Es sei zentrales Anliegen der Landesregierung, Kinder und Beruf besser miteinander vereinbar zu machen, betonte **Ingeborg Sahler-Fesel (SPD)**. Es gebe den Anspruch auf einen kostenlosen Kita-Platz, der Bund stelle die Plätze allerdings nicht. Dies müsse deshalb anders finanziert werden. Die Infragestellung der Möglichkeit, die KiTa-Plätze gebührenfrei anzubieten, wies Sahler-Fesel jedoch zurück.

Elisabeth Bröskamp (Bündnis 90/Die Grünen) stellte fest, Rheinland-Pfalz habe eine Versorgungsquote von 35 Prozent bereits erreicht und sei damit das erste Bundesland auf diesem Niveau. Bei der neuen Regelung gehe es aber nicht nur um Randzeiten bei Eltern mit außergewöhnlichen Arbeitszeiten. Auch im Bereich der Tagespflege könne nun auf erweiterte Einrichtungen zurückgegriffen werden, was durchaus sinnvoll sei. Dennoch seien Kindertagesstätten der zentrale und richtige Weg, da Festeinstellungen immer noch von größter Bedeutung seien. Bröskamp sprach sich dafür aus, die Diskussion über den Gesetzentwurf reif und produktiv zu führen und auch im Bereich der Gehälter von Pflegepersonal über eine angemessene Bezahlung zu diskutieren. LAD/STE/RAU

Fortsetzung nächste Woche